



Rosenstadt | ZWEIBRÜCKEN

- Oberbürgermeister -

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza
Rathaus, 66482 Zweibrücken

An die Vorsitzenden der
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
AFD-Fraktion
FDP-Fraktion
FWG-Fraktion
Fraktion GRÜNE
Fraktion Die PARTEI / DIE LINKE
Herrn Atilla Eren
Herrn Dirk Schneider

3. Dezember 2019

**Beantwortung von Anfragen gemäß § 33 Abs. 4 Gemeindeordnung
i. V. m. der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Zweibrücken**

Öffentliche Anfragen in der Sitzung des Stadtrates am 14.08.2019

1. Anfrage von Ratsmitglied Lang

Brücke im Kreisel Bubenhausen

Ratsmitglied Lang bittet um Mitteilung, wann die Sanierung bzw. Freigabe der Brücke am Bubenhauser Kreisel vorgesehen sei.

Antwort:

Herr Boßlet gibt an, dass Mitte September ein Termin mit Land und Bund geplant sei, bei dem die Kosten- und Finanzierungsthematik für die Sanierung erörtert werden solle. Eine genaue Terminierung für die Umsetzung bzw. Freigabe könne aktuell noch nicht genannt werden.

2. Anfragen von Ratsmitglied Kaiser

2.1. Flixbus Bahnhof

Ratsmitglied Kaiser möchte wissen, ob sich das Unternehmen „Flixbus“ an den Kosten der Vorhaltung und Reinigung der Bushaltestelle sowie der Empfangshalle des Bahnhofes beteilige.

Antwort:

Der Vorsitzende verneint die Beteiligung.

2.2. Überflieger

Ratsmitglied Kaiser bittet um Zusammenstellung und Übermittlung des Stadtratsbeschlusses zum Überflieger inklusive aller zugehöriger Informationen/Daten bis zum heutigen Tag an die Ratsmitglieder.

Antwort:

Sachverhalt:

Der Überflieger war bereits Bestandteil der (Gesamt-)Planung für den Bereich Südtangente (Gottlieb-Daimler-Straße) und Kreisverkehrsanlage. Die Umsetzung wurde jedoch durch den Bund als Baulastträger zunächst zurückgestellt, um die tatsächliche Erforderlichkeit bezüglich der Verkehrsentwicklung zu überprüfen. Diese Überprüfung erfolgte durch Verkehrszählungen in 2003 und zuletzt 2014. Im Ergebnis konnte jeweils festgestellt werden, dass der Kreisel Bubenhausen seine Kapazitätsgrenze erreicht hat. Zu den Verkehrsspitzenzeiten liegt sogar eine Überlastung vor. Somit wurde der Bau des Überfliegers erforderlich.

Die Umsetzung der Maßnahme erfolgte in zwei Bauabschnitten, da mit bis zu 14 cm Setzungen des Bodens im Bereich der Widerlager zu rechnen war.

1. BA: Vorschüttung von Erdreich im Bereich der Widerlager (Erddämme).
2. BA: Bau Bauwerk (Pfahlgründung Widerlager, Widerlager, Überbau)

Die Baukosten der Rampe hat der Bund zu tragen. Für Planung, Ausführung und verwaltungstechnische Abwicklung ist die Stadt / UBZ zuständig.

Baurecht:

Baurecht für die Gesamtmaßnahme wurde durch den Bebauungsplan ZW 124 erlangt, der am 04.07.1998 in Kraft trat. In diesem Verfahren waren die städtischen Gremien beteiligt und haben mit dem Satzungsbeschluss auch der Planung zugestimmt. Die weiteren Baulastträger Bund und Land waren ebenfalls im Verfahren beteiligt.

Im Jahre 2003 erfolgte eine Änderung des Bebauungsplanes ZW 124/ 1. Die Änderungen bezogen sich aber nur auf den Bereich von Grünflächen, Ausweisung von Gewerbeflächen und die Verlegung des P+R-Parkplatzes an der Südtangente (Bereich Bahnhof). Ansonsten erfolgte keine Änderung der Grundplanung am Kreisverkehrsplatz Bubenhausen.

Am 04.10.2006 hat der Stadtrat einen politischen Grundsatzbeschluss für den Bau des Überfliegers gefasst. Somit wurde dem Geldgeber und zukünftigen Eigentümer Bund signalisiert, entsprechende Geldmittel einzuplanen.

Im Jahre 2006 musste der reine Bauwerksentwurf, aufgrund geänderter Vorschriften (DIN - Fachberichte) dem LBM nochmals zur Genehmigung vorgelegt werden.

Im Jahre 2011 erfolgte eine Anfrage des LBM, ob der Bau des Überfliegers von Seiten der Stadt weiterverfolgt wird. Mit Stadtvorstandsbeschluss vom 07.02.2011 wurde dem LBM mitgeteilt, dass der Stadtratsbeschluss vom 04.10.2006 weiterhin Bestand hat und die Maßnahme weiterverfolgt wird.

Fazit:

Aufgrund der langen Realisierungsdauer von über 20 Jahren, Mitarbeiterwechseln und Umstrukturierungen bei den verschiedenen internen und externen beteiligten Behörden kann leider nicht mehr exakt nachvollzogen werden, in welchem Umfange Detailplanungen den Gremien im Einzelnen vorgestellt wurden.

3. Anfrage von Ratsmitglied Dr. Pohlmann:

Zustellung der Sitzungsunterlagen:

Ratsmitglied Dr. Pohlmann möchte wissen, ob es günstiger sei aktuell alle Ratsmitglieder die Papierunterlagen zu Sitzungen zuzuschicken, statt nur den Teil, der bislang kein Tablet aus der Vergangenheit habe. Er verweist auf die noch aktive Mandatos-App bei all den Ratsmitgliedern, die auch in der letzten Legislaturperiode an der digitalen Gremienarbeit teilgenommen hatten.

Antwort:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass derzeit die Unterlagen in Papierform geschickt würden, weil die aktuelle App auslaufe und daher jederzeit abgeschaltet werden könne. Damit sei die Übermittlung der digitalen Daten seitens der Verwaltung nicht garantiert.

Die Antwort erfolgt zudem schriftlich.

4. Anfrage von Ratsmitglied Körner:

Geplante Poller am Hallplatz:

Ratsmitglied Körner erinnert an die veranschlagten Kosten i.H.v. ca. 40.000 € und bittet um Vorlage aller Angebote inklusive Nebenangebote für zugehörige Arbeiten an die Ratsmitglieder bevor der Auftrag erteilt werde.

Antwort:

Herr Boßlet erklärt, dass es sich bei dem Angebot i.H.v. 40.000 € um das aufgestellte Modell der Stadt Saarbrücken gehandelt habe. Da besagte Maßnahme ausschreibungspflichtig sei, könne eine Maximalkostenhöhe nicht genannt werden.

Die Verwaltung sagt zu, genannte Vergabe in einem der städtischen Gremien beschließen zu lassen.

5. Anfrage von Ratsmitglied Dirk Schneider:

Flächen für „essbare“ Bäume – mundraub.org:

Ratsmitglied Schneider bittet die Verwaltung um Bereitstellung von Flächen um 40 Obstbäume pflanzen zu können und diese dann auf mundraub.org digital zu erfassen.

Antwort:

Der Vorsitzende spricht sich für die Anregung aus und kündigt an, fünf Bäume zu erwerben.

Herr Boßlet führt aus, dass dessen Mitarbeiter bereits an einer Konzepterarbeitung inklusive Flächensuche seien. Diese Flächen seien dann für alle zugänglich. Die Beschränkung auf „essbare“ Bäume halte er jedoch für nicht zielführend.

6. Anfragen von Ratsmitglied Gries:

6.1 Baustelle in der Hofenfelststraße:

Ratsmitglied Gries bittet um Mitteilung, ob die Baustelle in der Hofenfelststraße bis Anfang September fertiggestellt sei, da dann das jährliche Fest am Kissel stattfinden.

Antwort:

Herr Boßlet bejaht dies. Die Fertigstellung sei bis Ende August geplant.

6.2. 30-km/h-Zonen in der Innenstadt:

Ratsmitglied Gries weist darauf hin, dass es im Rahmen der neu geschaffenen 30-km/h-Zonen und der zugehörigen Entfernung von Beschilderung vermehrt zu Unfallgefahr und Problemen gekommen sei. Er regt an, eine größere Information durch die Stadt in Zusammenarbeit mit der Presse zu geben, wo die neuen Zonen seien und wie sich damit die Verkehrsregelungen geändert hätten.

Antwort:

Die Anregung wird aufgenommen. Das Ordnungsamt wird gebeten eine entsprechende Information gemeinsam mit der Pressestelle zu veranlassen.

6.3. Sachstand alte Stadtgärtnerei:

Ratsmitglied Gries bittet um Sachstandsmitteilung zur alten Stadtgärtnerei.

Antwort:

Beigeordneter Pirmann informiert, dass bereits Gespräche mit dem Investor stattgefunden hätten, dem man erklärt habe, dass die Maßnahme auf Grundlage des vorgelegten Planungsentwurfs nicht umgesetzt werden könne. Weitere Gespräche stünden aus. Seitens der Stadt überlege man derzeit, wie man gemeinsam mit dem Investor zu einer Umsetzung kommen könne.

7. Anfrage von Ratsmitglied Danner-Schmidt:

Radwegenetz:

Ratsmitglied Danner-Schmidt lobt die erfolgte Verkehrsschau bezüglich der Radwege. Sie bittet um Zusammenstellung und Übermittlung folgender Informationen:

1. Wie viele Kosten hatte die Stadt in den letzten fünf Jahren für Bau und Unterhaltung von Radwegen?
2. In welchen Bereichen sieht die Stadt bei den Radwegen noch Handlungs- bzw. Nachbesserungsbedarf?

Antwort:

Zu 1.:

In Zweibrücken sind Geh- und Radwege sehr häufig kombiniert, so dass eine genaue Aufschlüsselung nur bedingt möglich ist. Die Instandsetzung bzw. Unterhaltung werden auf das Konto „Gehwegunterhaltung“ gebucht. Für die Radweginstandsetzung sind beim UBZ in den letzten 5 Jahren durchschnittlich 12.500 EUR verausgabt worden.

Da keine Haushaltsmittel zur Verfügung standen, wurden in den letzten Jahren allerdings keine Radwege errichtet.

Im Rahmen von Straßenbau- bzw. -erneuerungsmaßnahmen wird jedoch versucht, soweit realisierbar, auch Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs zu integrieren, z.B. die Markierung von Schutzstreifen in der Alten Ixheimer Straße (im Rahmen des Ausbaus) oder die radfahrer- und fußgängerfreundliche Umgestaltung der Einmündung Ixheimer Straße/Bubenhauser Straße im Rahmen der Erneuerung der Lichtsignalanlage. Die dafür angefallenen Kosten sind in den Gesamtkosten für die jeweilige Maßnahme enthalten.

Zu 2.:

In der Sondersitzung des Bau- und Umweltausschusses am 13.08.2019 wurden ausführlich die bau- und straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben der verschiedenen Radverkehrsführungen dargestellt.

Neben diesen Vorgaben haben sich auch die Anforderungen der Nutzer seit dem Bau verschiedener Rad-/Gehwege im Stadtgebiet geändert, so dass hier Handlungs- bzw. Nachbesserungsbedarf besteht.

Im Rahmen der Verkehrsschau wurden hierzu neben der Homburger Straße – wo die dort besprochene Maßnahme inzwischen umgesetzt ist – bereits beispielhaft weitere Bereiche angesprochen, die verbessert werden sollen.

Da Maßnahmen zur Förderung der Radverkehrs in der Stadt sich aber u.U. auch auf andere Verkehrsmittel auswirken bzw. nur im Zusammenhang Sinn machen, müssen diese im verkehrlichen wie städtebaulichen Gesamtzusammenhang entwickelt und umgesetzt werden.

8. Anfrage von Ratsmitglied Ringle:

Ehemalige Hauptschule Nord:

Ratsmitglied Ringle erkundigt sich, ob die Herstellung der Barrierefreiheit in der ehemaligen Hauptschule Nord geplant sei und ob das Gebäude künftig einen neuen Namen erhalten solle.

Antwort:

Herr Huble, Kultur- und Verkehrsamt, gibt an, dass ein Aufzug geplant sei. Zudem solle ein Namensfindungswettbewerb stattfinden. Da das Gebäude jedoch noch mit verschiedenen Kulturabteilungen bezogen und baulich verändert werden solle, erachte man einen solchen Wettbewerb erst für sinnvoll, wenn das Gebäude entsprechend fertiggestellt und bezogen sei.

9. Anfrage von Ratsmitglied Bauer:

Einläufe in der Glockenhofstraße in Hengstbach:

Ratsmitglied Bauer weist auf die wiederkehrend verstopften Einläufe in der Glockenhofstraße in Hengstbach hin und erkundigt sich nach dem Säuberungsrhythmus und ob diese Arbeiten extern vergeben würden.

Antwort:

Frau Hartfelder, UBZ, erklärt, dass die Arbeiten extern zweimal jährlich verrichtet würden. Sollte es dennoch zu Stauungen kommen, bitte sie um Mitteilung an den UBZ. Eine Streckenkontrolle würde sich dem Problem dann annehmen. Eine Sonderreinigung nach Starkregenereignissen gebe es durch die Firma nicht.

10. Anfrage von Ratsmitglied Dirk Schneider:

Fahrradabstellfläche an der ehemaligen Hauptschule Nord:

Ratsmitglied Dirk Schneider informiert die Verwaltung, dass der Zugang zum Fahrradabstellplatz an der ehemaligen Hauptschule Nord verschlossen und eine entsprechende Beschilderung angebracht sei, dass Fahrräder nicht auf den Hof dürfen. PKWs hingegen sei das Abstellen auf dem Innenhof hingegen erlaubt. Er bittet um Prüfung und Änderung des Sachverhalts.

Antwort:

Der Parkplatz der ehemaligen Hauptschule Mitte hat zwei Zugänge. Ein Tor befindet sich auf der Seite der Hofenfelsstraße, das andere auf der Seite der Realschulstraße, welches als Feuerwehrezufahrt dient. Der Hauptzugang ist das Tor an der Hofenfelsstraße, worüber auch der Fahrradabstellplatz und der Innenhof zu erreichen sind. Die Feuerwehrezufahrt ist permanent verschlossen. An der Hauswand sowie am Tor der Feuerwehrezufahrt wurden entsprechende Schilder angebracht, um zu verhindern, dass die Besucher die Feuerwehrezufahrt mit Fahrrädern blockieren.

Nachdem die Schilder angebracht wurden, wurden die Fahrräder wie von uns gewünscht im Schulhof und dem Fahrradabstellplatz abgestellt. Das Abstellen der Fahrräder ist sowohl im Innenhof, als auch auf dem Fahrradabstellplatz gestattet.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Marold Wosnitza

Oberbürgermeister